ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gutowski, Armin

Article — Digitized Version

Voreilige Entwarnung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gutowski, Armin (1985) : Voreilige Entwarnung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135994

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Armin Gutowski

Voreilige Entwarnung

Nahezu alle Prognosen versprechen die Fortsetzung des Ende 1982 begonnenen Aufschwungs. Einen kräftigen Schub hat der aufkeimende Optimismus durch die jüngste Vorausschau des Sachverständigenrates erhalten. Der zuletzt nur noch vom Export getragene Aufschwung werde 1985 auch von kräftig steigenden Investitionen vorangetrieben: bei Ausrüstungen real 10 % mehr als im Vorjahr, bei Bauten knapp gehalten. Dabei werde die Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf um 200 000 zurückgehen. Damit scheint die durch die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute gestützte Sorge ausgeräumt zu sein, daß die Arbeitslosigkeit auch im dritten Aufschwungsjahr kaum sinken werde. Die Optimisten aus Politik und Wirtschaft fühlen sich auch für die längerfristige Perspektive vom Sachverständigenrat bestärkt, der beredt „Die große Chance der kommenden Jahre: Mehr Expansion bei Stabilität" beschreibt.

Denen, die es für wahrscheinlicher halten, daß die Investitionen nicht so kräftig anspringen, daß weit weniger zusätzliche Beschäftigung entsteht, daß der nächste konjunkturelle Abschwung mit einem noch viel höheren Sockel an Arbeitslosigkeit beginnt als der vorherige, wird vorgehalten, sie zerredeten die gute Konjunktur, ihre Schwarzseherei könne der Volkswirtschaft Schaden zufügen. Verkannt werden soll nicht, was in den letzten Jahren erreicht wurde: Die Entlastung der Bundesbank von der Inflationsbekämpfung und die rasche Verminderung des Staatsdefizits. Beides läßt hoffen, daß die realen Zinsen langsam sinken werden. Doch die Gewährung neuer Subventionen an Landwirtschaft und strukturschwache Wirtschaftsbereiche sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen haben diesen Verbesserungen der Wachstumsbedingungen entgegengewirkt. Die dringend erforderliche Senkung der Grenzsteuerbelastung der Leistungseinkommen ist nicht in Sicht. Die zweistufig beschlossene „Steuerreform" macht spät und nur bescheiden „heimliche" Steuererhöhungen rückgängig. Das meiste von dem, was die angekündigte Wende an ordnungspolitischen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Marktwirtschaft versprach, steht noch aus.

Vor allem vermögen die eher skeptischen Wirtschaftsforscher das positive Schätzurteil des Sachverständigenrates über die Tarifpolitik nicht zu teilen. Ein hoher Beschäftigungsstand läßt sich nur dann aufrechterhalten, wenn sich in Zinsen und Löhnen die relative Knappheit von Kapital und Arbeit widerspiegelt. Herrscht bereits Arbeitslosigkeit, so muß der Anstieg der Reallöhne hinter dem Produktivitätsfortschritt (unter Berücksichtigung des Terms-of-Trade-Effekts) zurückbleiben, wenn Vollbeschäftigung wieder erreicht werden soll. Verändern sich zudem noch die Nachfragestruktur, wie etwa im Gefolge der Energieverteuerung, oder die Produktionstechnik über das normale Maß hinaus, kann ein hoher Beschäftigungsstand nur erhalten oder wiederhergestellt werden, wenn sich die Löhne sowohl regional wie sektoral als auch hinsichtlich der Qualifikationsstruktur so differenziert entwikkeln können, daß sich das Tempo des Strukturwandels der begrenzten Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte anpaßt. Kommt noch hinzu, daß sich der international mobile Faktor Kapital weltweit verteuert, hat dies zwar, für sich genommen, einen bremsenden Effekt auf die Substitution von Arbeit durch Kapital, es vermindert aber nur dann nicht den Beschäftigungsstand, wenn Arbeit entsprechend billiger wird, so daß der Gesamtkostenanstieg nicht auf die Eigenkapitalrendite drückt.

Tatsächlich sanken die Renditen bis 1981 auf ein historisches Tief. Obwohl die Lohnpolitik seit 1975 wieder zurückhaltender wurde, war sie doch nicht flexibel genug, um dem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten. Zwar nahm die Beschäftigung von 1976 bis 1980 wieder um eine Million zu, aber im Höhepunkt der Konjunktur (1979) bei Vollauslastung der Sachkapazitäten gab es immer noch nahezu 900 000 Arbeitslose. Erst seit 1982 erholten sich die Gewinne trotz steigender Realzinsen. Die seit 1979 kräftig zunehmende Arbeitslosigkeit (bis 1984 um 1,4 Mill.) ließ sich gleichwohl nicht aufhalten, obschon Ende 1982 der Aufschwung einsetzte und bereits seit 1981 der Reallohnzuwachs Jahr für Jahr hinter dem Anstieg der Durchschnittsproduktivität zurückblieb. Letzterer war nämlich, wie schon früher, großenteils Ergebnis der Freisetzung von Arbeitskräften, deren Produktivität im Verhältnis zu ihren Löhnen unter dem Durchschnitt lag.

Da die Unternehmen über viele Jahre durch Rationalisierung bei verlangsamter Ausweitung des Kapitalstocks ihre Kapazitäten so zurechtgeschnitten haben, daß sie nun – ohne Verwendung der zu teuren Arbeitskräfte – wieder zum tatsächlichen Lohnniveau mit der gegebenen Lohnstruktur passen, steuern wir folglich auf das zuvor nicht gekannte Phänomen zu, daß Wachstum und hohe Kapazitätsauslastung einhergehen mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit! Da das einzelne Unternehmen schließlich nach Gewinn und nicht nach Vollbeschäftigung in der Gesamtwirtschaft strebt, braucht also nicht zu verwundern, daß sich die optimistischen Stimmen aus dem Unternehmerlager häufen.

Leicht sinkende Realzinsen und der aufgestaute Bedarf an Modernisierung ermutigen wahrscheinlich im Verlauf dieses Jahres zu verstärkten Investitionen. Ob es jedoch zu dem vom Sachverständigenrat erwarteten Investitionsschub kommt, erscheint schon wegen der wechselkursbedingten, sicher nicht dauerhaft so günstigen deutschen Wettbewerbsposition zweifelhaft, wenn auch nicht ausgeschlossen.

Viel zweifelhafter ist, ob die Unternehmen mit ihren Investitionen in größerem Umfang neue Arbeitsplätze schaffen werden. Denn dazu gehörte die Überzeugung, daß die Lohnabschlüsse noch mehrere Jahre zurückhaltend sind, daß Arbeitszeitverkürzungen zu einer flexiblen Anpassung der individuellen Arbeitszeiten auch an die Bedürfnisse der Unternehmen genutzt werden, und daß dies alles unterstützt wird von einer stärkeren Differenzierung der Lohnentwicklung. Dazu gehörte ferner das Vertrauen, daß der Staat die Subventionen abbaut und damit die Steuerbasis verbreitert, dafür die Steuern und Abgabenlasten vermindert, das Steuersystem investitions- und beschäftigungsfreundlicher gestaltet, die Sozialpolitik reformiert, kurz die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen verbessert. Diese Bedingungen finden sich alle auch im Gutachten des Sachverständigenrates, zum Teil schon als Annahmen, die der Prognose für 1985 zugrunde liegen.

Wahrscheinlich werden die Unternehmer zunächst die Kapazitäten ohne erheblichen Zusatzbedarf an Arbeitskräften erweitern. Denn möglich ist auch eine Lohnpolitik, die ohne Rücksicht auf die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit den Spielraum des Produktivitätszuwachses weitgehend für Lohnerhöhungen und weitere Arbeitszeitverkürzungen ausschöpft, so daß neue Arbeitsplätze nicht rentabel wären. Ginge nun, weil sonst nichts geschieht, die Arbeitslosigkeit nicht oder nur langsam zurück, würde die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit noch weiter steigen und sozial immer schwerer zu verkraften sein. Anhebung der Steuern und Abgaben zur Finanzierung weiterer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder gar Beschäftigungsprogramme würden zur Gewinnerosion führen und das Wachstum zum Erliegen bringen.

Zwangsläufig ist diese Entwicklung gewiß nicht. Deshalb soll auch niemandem der Optimismus ausgeredet werden. Doch eine Entwarnung, die zu der irrigen Meinung verführt, es werde sich nun auch auf längere Sicht alles schon wieder von selbst einrenken, wäre voreilig. Vieles ist noch zu tun und manches wird noch abzuwehren sein, bis der Pfad zu hoher Beschäftigung bei angemessenem Wachstum erreicht ist. Was sich bis jetzt auf den Gebieten der Tarifpolitik, der Arbeitsmarktpolitik, des Arbeits- und Betriebsverfassungsrechtes, der Steuer-, der Sozial-, der Subventions- und der Handelspolitik abzeichnet, ist jedenfalls eher noch alarmierend.